

**Mündliche Anfragen  
gemäß § 47 der Geschäftsordnung  
des Niedersächsischen Landtages**

Hannover, den 22.02.2017

**1. Kennzeichnung der Haltungsform bei Fleisch und Fleischerzeugnissen (Tierwohlkennzeichnung)**

Abgeordnete Hans-Joachim Janßen und Miriam Staudte (Grüne)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Mehr als drei Viertel der Bevölkerung (79 %) wünschen sich laut dem Ernährungsreport 2017 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ein staatliches Tierwohllabel. Im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2017 hat Minister Schmidt sein lange angekündigtes Tierwohllabel präsentiert. Genaue Kriterien stehen noch nicht fest.

Mit dem Ansatz eines freiwilligen Siegels, mit bislang nicht bekannt gegebenen Kriterien, das nur für einzelne Tiergruppen gelten soll, nutzt das Bundesministerium für Landwirtschaft dabei jedoch seine gesetzgeberische Kompetenz nicht aus. Eine nationale Regelung zur Tierwohlkennzeichnung ist auf Grundlage der Lebensmittelinformationsverordnung möglich (siehe Gundel: Europarechtliche Anforderungen an eine verbindliche nationale Tierwohlkennzeichnung, ZLR 6/2016). Ein auf Freiwilligkeit basierendes Siegel wird von Experten hinsichtlich seiner Wirkung kritisiert, da nur einzelne Produkte ausgezeichnet werden, nicht aber auch eine Kennzeichnung der weniger artgerecht erzeugten Produkte erfolgt. Die Landesregierung hat daher die Vorschläge auch kritisiert und deutlich gemacht, dass statt freiwilliger Unverbindlichkeit vielmehr eine verpflichtende, bundeseinheitliche und für alle in Deutschland auf den Markt gebrachten Produkte geltende Kennzeichnung notwendig sei. Eine Arbeitsgruppe der Landwirtschaftsministerien der Länder hat schon seit einiger Zeit konkrete Vorschläge für eine solche Kennzeichnung vorgelegt. Diese orientieren sich am Prinzip der Eierkennzeichnung.

Die verpflichtende Kennzeichnung der Haltungsform bei Eiern hat dazu geführt, dass im Handel mittlerweile keine Eier aus Käfighaltung mehr erhältlich sind. Verbraucherinnen und Verbraucher sind nicht bereit, sie zu kaufen, und greifen stattdessen zu artgerechteren und teureren Produkten.

- 1. Welche konkreten Kritikpunkte hat die Landesregierung an dem von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt vorgestellten Tierwohllabel?**
- 2. Welche Vorschläge hat die Landesregierung zur Haltungskennzeichnung bei Fleisch und Fleischerzeugnissen?**
- 3. Ist es in der Eierproduktion Niedersachsens nach Einführung der Kennzeichnungspflicht und dem Ausstieg aus der Käfighaltung zu Produktionsrückgängen gekommen?**

**2. Wie gut ist die Landesregierung auf die Gefahr durch die Gefährder vorbereitet? (Teil 1)**

Abgeordnete Björn Försterling, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe, Jan-Christoph Oetjen und Jörg Bode und Christian Grascha (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Die Landesregierung teilte auf eine Dringliche Anfrage der FDP-Fraktion am 2. Februar 2017 mit, dass derzeit 45 Gefährder ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben oder hatten. Etwa die Hälfte davon vermutet die Landesregierung im Ausland. Ein Drittel dieser Gefährder sind „Dschihad-Rückkehrer“ aus Kriegsgebieten wie Irak oder Syrien. Zudem hat die Landesregierung ausgeführt, dass 17 dieser Gefährder keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, elf weitere besitzen neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit. Bei zwei Personen wurde der Asylantrag abge-

lehnt, allerdings ist kein Gefährder ausreisepflichtig. Weitergehende Informationen wurden nicht mitgeteilt.

1. **Wie viele Gefährder sitzen derzeit in Niedersachsen in Straf- bzw. in Untersuchungshaft?**
2. **Wie viele Gefährder werden derzeit überwacht?**
3. **Warum vermutet die Landesregierung, dass sich etwa die Hälfte der Gefährder im Ausland aufhält, und was unternimmt sie konkret, um deren Aufenthaltsort festzustellen?**

### 3. Abschiebefall in Lehrte - Welche Rolle spielte der Innenminister?

Abgeordnete Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens und Rainer Fredermann (CDU)

#### Vorbemerkung der Abgeordneten

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)* berichtete am 20. Februar 2017 erneut über die Abschiebung einer syrischen Mutter und drei ihrer Kinder nach Bulgarien. Die *HAZ* stellte in einer Chronologie den Ablauf des Asylverfahrens und der Abschiebung dar. Im Juli 2016 soll die gesamte Familie bereits auf dem Frankfurter Flughafen in einem Flugzeug auf ihre Abschiebung gewartet haben. Die Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) soll dann in letzter Sekunde ihre Meinung geändert und die Abschiebeandrohung aufgehoben haben. Eltern und Kinder dürften danach bleiben. Laut *HAZ* hätten Innenminister Pistorius und Regionspräsident Jagau hiergegen in Briefen an das Bundesamt protestiert.

Weiterhin schrieb die *HAZ*, dass im Oktober 2016 der Einwand Erfolg gehabt hätte. Die Familie müsse demnach das Land verlassen.

Im Dezember 2016 habe dann die Härtefallkommission des Landes abgelehnt, sich mit dem Fall zu befassen.

Am 3. Februar 2017 sei dann ein Teil der Familie nach Bulgarien abgeschoben worden, weil die Familie dort bereits Asyl erhalten hätte. Laut *HAZ* soll es unterschiedliche Entscheidungen von Gerichten zur Rechtmäßigkeit der Abschiebung der Familie geben. Der Flüchtlingsrat kritisiere die Abschiebung. Die Region Hannover sehe gegenwärtig laut *HAZ* kein Bleiberecht der Familie.

1. **Hat die Familie nach Ansicht der Landesregierung ein Bleiberecht in Deutschland?**
2. **Was waren Ziel und Inhalt der Briefe des Innenministers und des Regionspräsidenten an das BAMF?**
3. **Gab es inzwischen Versuche, auch die verbliebenen Familienangehörigen nach Bulgarien zurückzuführen? Wenn nein, warum nicht?**

### 4. Wie sehen die Daten und Fakten zum Ausbau der Mittelweser aus?

Abgeordneter Grant Hendrik Tonne (SPD)

#### Vorbemerkung des Abgeordneten

Das *Mindener Tageblatt* berichtet in seiner Ausgabe vom 20. Februar 2017 über ein Gutachten der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Hannover, zum Ausbau der Mittelweser. Danach werden die bisherigen Aussagen des Bundesministeriums für Verkehr und Infrastruktur zum Ausbau der Wasserstraße in Zweifel gezogen. Die vom Bundesministerium umgesetzte Ausbauvariante verschlechterte sogar vorhandene Wirtschaftsbeziehungen. Die gewünschten positiven Effekte für die Wirtschaftsentwicklung in der Region blieben aus.

1. **Inwieweit sind der Landesregierung der erwähnte Bericht der Generaldirektion Wasserstraßen, und Schifffahrt, Hannover, an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur oder dessen Ergebnisse bekannt?**

2. **Wie bewertet die Landesregierung die Informationen, die aus der Berichterstattung hervorgehen, insbesondere die Tatsache, dass sich die Fahrtdauer auch für Europaschiffe deutlich verlängern wird und ein Teil der bisher nicht durchgeführten Uferrückverlagerungen doch noch durchzuführen ist, um Einschränkungen zu verhindern, sowie die bisherigen Aussagen des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zum Ausbauprojekt?**
3. **Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem oben genannten Gutachten?**

## 5. **Übergriffe gegen Amtstierärztinnen und Amtstierärzte in Niedersachsen**

Abgeordnete Helge Limburg, Miriam Staudte und Hans-Joachim Janßen (Grüne)

### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Der Fall des Schusswaffenangriffs eines Nutztierhalters gegen einen Amtstierarzt des Landkreises Cuxhaven Anfang Februar zeigt in deutlicher Art und Weise, dass Amtstierärztinnen und Amtstierärzte bei der Ausübung ihres Dienstes einem großen Gefahrenpotenzial ausgesetzt sein können. In genanntem Fall wurden Schüsse auf den Beamten abgefeuert; er wurde lebensgefährlich verletzt. Der Amtstierarzt war gemeinsam mit weiteren Mitarbeitern der Kreisverwaltung sowie in Begleitung der Polizei auf einem landwirtschaftlichen Betrieb, um ein Tierhaltungsverbot durchzusetzen.

Im nordrhein-westfälischen Kreis Kleve kam es im Oktober 2016 zu einem ähnlichen Angriff eines Landwirtes. Laut Polizei soll er dort zwei Mitarbeiter des Veterinäramtes mit einer Eisenstange angegriffen und verletzt haben; die Staatsanwaltschaft sieht hier den Tatbestand des versuchten Mordes erfüllt.

Es ist zu befürchten, dass auch in Zukunft mit Angriffen dieser Art zu rechnen ist, da Amtstierärztinnen und Amtstierärzte regelmäßig Tierschutzverstößen bei Tierhalterinnen und -haltern nachgehen müssen.

1. **Ist der Landesregierung bekannt, ob kommunalen Amtstierärztinnen und Amtstierärzten im Rahmen ihrer Diensttätigkeiten zunehmend Widerstände oder Aggressivität gegenüber notwendigen Maßnahmen begegnen?**
2. **Wegen des Verdachts welcher Straftat wird mit welcher Begründung im oben genannten Cuxhavener Fall gegenwärtig ermittelt?**
3. **Sind nach Auffassung der Landesregierung Maßnahmen erforderlich, um die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und kommunalen Veterinärbehörden zu stärken?**

## 6. **Rückführungen aus Niedersachsen?**

Abgeordnete Christian Grascha, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe, Jörg Bode und Gabriela König (FDP)

### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Laut einem Bericht der *NOZ* vom 26. Januar 2017 wurden im Jahr 2016 1 959 Personen aus Niedersachsen abgeschoben. 2015 waren es laut dem Bericht noch 1 133 Menschen. Im Jahr 2016 seien ebenfalls 11 793 Personen freiwillig ausgereist.

1. **Wie viele Personen sind in Niedersachsen seit 2013 abgeschoben worden (bitte Zahlen für die fünf wichtigsten Herkunftsländer und die einzelnen Jahre nennen)?**
2. **Wie viele Personen sind seit 2013 freiwillig ausgereist (bitte Zahlen für die fünf wichtigsten Herkunftsländer und die einzelnen Jahre nennen)?**
3. **Wie viele Personen der beiden Personengruppen waren „Gefährder“?**

**7. Hat der Ministerpräsident einen Verdacht der Sicherheitsbehörden gegen einen Imam in Braunschweig „durchgestochen“?**

Abgeordneter Björn Thümler (CDU)

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Anfang Februar 2017 offenbarte laut *Hannoverscher Allgemeiner Zeitung* vom 4. Februar 2017 der Ministerpräsident in einem Schreiben an den Landesvorsitzenden von DITIB, dass gegen einen Imam der Braunschweiger DITIB-Moschee ein Ermittlungsverfahren wegen „Spitzeldiensten“ eingeleitet worden sei.

In der Ausgabe vom 17. Februar 2017 berichtet nunmehr die *Braunschweiger Zeitung*: „Muslime ratlos: Welcher Imam soll gespitzelt haben?“. Laut *Braunschweiger Zeitung* laste seit der Offenbarung des Ministerpräsidenten ein Verdacht auf zehn Imamen in der Region, die alle zur DITIB-Gemeinde Braunschweig gehören. Der Vorsitzende der DITIB-Gemeinde Braunschweig klagt in der *Braunschweiger Zeitung*: „Wir wissen immer noch nichts, kriegen keine Infos, wir können nicht handeln!“.

In einem Kommentar heißt es in der *Braunschweiger Zeitung* hierzu: „Ein Verdacht der Sicherheitsbehörden ist ‚durchgestochen‘ worden, wie es so schön heißt.“

- 1. Hat der Ministerpräsident einen Verdacht der Sicherheitsbehörden „durchgestochen“, oder wer hat etwas „durchgestochen“?**
- 2. War der Ministerpräsident befugt, gegenüber Mitgliedern des DITIB-Landesverbandes den Verdacht gegen einen unbestimmten Imam der Braunschweiger Moscheen zu offenbaren? Wenn ja, warum?**
- 3. Wie möchte die Landesregierung die Situation klären?**

**8. Bedeutung der Trachtenvereine für Niedersachsen**

Abgeordneter Grant Hendrik Tonne (SPD)

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Die *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* berichtet in ihrer Ausgabe vom 17. Februar 2016 über das Phänomen der Reichsbürger. Die Szene sei keine einheitliche Bewegung, sondern reiche „vom Trachtenverein über esoterische Gruppen bis in den Rechtsextremismus“. Die so gezogene Verbindung sorgte für Verwunderung bei den niedersächsischen Trachtenvereinen. Für den Landes-Trachtenverband Niedersachsen ist die Tracht ausweislich seiner Homepage „weltoffen und ermöglicht einen Blick auf einen bunten Horizont unterschiedlicher Menschen, Kulturen, Nationen und Herkunft“.

- 1. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen sich niedersächsische Trachtenvereine der Reichsbürgerbewegung zugehörig fühlen?**
- 2. Welche Bedeutung misst die Landesregierung den niedersächsischen Trachtenvereinen für die Brauchtumpflege bei?**

**9. Was tut die Landesregierung für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit und zur Bekämpfung von Fluchtursachen?**

Abgeordnete Maaret Westphely (Grüne)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Die international vereinbarte Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs) hat eine universelle Geltung in allen Ländern und nimmt sie in die Pflicht, einen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung in der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimension zu leisten.

Mit dem Kabinettsbeschluss von September 2015 hat das Land Niedersachsen erstmals beschlossen, entwicklungspolitische Leitlinien zu entwickeln. Damit wurde der Startschuss gegeben, in allen relevanten Fachpolitiken zu prüfen, wie Politik umgestaltet werden muss oder welche Projekte und Maßnahmen umgesetzt werden müssen, um das Handeln der Landesregierung in Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen zu bringen. Zuvorderst stehen dabei u. a. folgende Anliegen: die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen beim öffentlichen Einkauf und der öffentlichen Vergabe von Aufträgen, die Einrichtung des bundesweiten Eine-Welt-Promotorenprogramms zur Verstärkung der Bildungsarbeit und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit für die Eine-Welt-Politik sowie die Entwicklung von Projekten und Maßnahmen zur Fluchtursachenbekämpfung im Ausland gemeinsam mit niedersächsischen Partnerorganisationen.

- 1. Welche Projekte hat Niedersachsen seit 2013 in welchen Ländern oder Regionen (im Ausland) in welcher Höhe unterstützt?**
- 2. Welche Projekte hat Niedersachsen seit 2013 im Bereich der Inlandsarbeit in welcher Höhe unterstützt?**
- 3. In welcher Form hat die Landesregierung seit 2013 - gegebenenfalls mit welchen Kooperationspartnern - Öffentlichkeitsarbeit geleistet, Veranstaltungen unterstützt oder selbst durchgeführt?**

#### **10. Schulsozialarbeiterstellen an Gymnasien ermöglichen - oder doch nicht?**

Abgeordneter Ronald Schminke (SPD)

##### **Vorbemerkung des Abgeordneten**

Gymnasien sind von der Verteilung der vom Land geschaffenen Schulsozialarbeiterstellen vorerst ausgeschlossen. Aber auch an den Gymnasien besteht ein Bedarf an Sozialpädagogen, um dort z. B. auf zunehmende soziale und ethnische Vielfalt innerhalb der Lerngruppen reagieren zu können.

Den Schulen wurde durch die Kultusministerin die Möglichkeit eingeräumt, Mittel aus dem Ganztagsbudget zur Finanzierung sozialpädagogischer Kräfte zu nutzen (siehe Pressestelle Kultusministerium vom 9. Juni 2016 und Protokoll der Plenardebatte Juni 2016).

Das Otto-Hahn-Gymnasium in der Weststadt Göttingen ist eine Schule mit 1 300 Schülerinnen und Schülern und einem hohen Migrantenanteil. Die Schulleitung bemüht sich seit zwei Jahren um eine Verbesserung der sozialpädagogischen Unterstützung und möchte die überlastete Sozialpädagogin aus eigenen Mitteln von bisher einer halben Stelle auf zukünftig 30 Stunden aufstocken. Die Ankündigung der Kultusministerin, eine Aufstockung durch die Kapitalisierung eigener Mittel zu ermöglichen, wurde seitens der Schule positiv aufgenommen, und so wurde bei der Landesschulbehörde ein entsprechender Antrag gestellt.

Die Landesschulbehörde lehnte den Antrag der Schule am 28. Dezember 2016 mit der Begründung ab, dass man derzeit keine Möglichkeit sehe, Mittel aus dem Schulbudget für Stellenerhöhungen freizugeben.

- 1. Wie sieht das Vorhaben der Landesregierung zur Besetzung von Schulsozialarbeiterstellen an Gymnasien aus?**
- 2. Wie beurteilt die Landesregierung den Bedarf an Schulsozialarbeit am Otto-Hahn-Gymnasium unter Berücksichtigung der dort geleisteten Arbeit zur Integration von Kindern aus Flüchtlings- und Zuwanderungsfamilien?**
- 3. Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, für das Otto-Hahn-Gymnasium in der Weststadt Göttingen gerade wegen des hohen Migrantenanteils eine schnelle Lösung zu ermöglichen, indem die Landesschulbehörde angewiesen wird, der Zusage der Landesregierung und damit dem Antrag der Schule zu entsprechen?**

**11. Befürwortet die Landesregierung eine Länderöffnungsklausel im Wohngeldgesetz?**

Abgeordneter Dr. Max Matthiesen (CDU)

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Die Bürgermeister der Ostfriesischen Inseln sprechen sich für eine Länderöffnungsklausel im Wohngeldgesetz aus, um ein überdurchschnittlich hohes Mietniveau in einzelnen Gemeinden eines Landkreises bei der Bemessung des Wohngeldes berücksichtigen zu können.

Nach § 12 Abs. 2 und 3 des Wohngeldgesetzes richtet sich die Zugehörigkeit einer Gemeinde zu einer Mietstufe (I - VI) nach dem Mietniveau, das vom Statistischen Bundesamt festgestellt wird. Bei Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 10 000 und mehr ist es gesondert festzustellen, bei Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von weniger als 10 000 und in gemeindefreien Gebieten nach Kreisen zusammengefasst.

Die Gemeinden der Ostfriesischen Inseln haben sämtlich weniger als 10 000 Einwohner und gehören zu den Kreisen Leer (Borkum), Aurich (Juist, Norderney, Baltrum), Wittmund (Langeoog, Spiekeroog) und Friesland (Wangerooge). In allen vier Kreisen ist das Mietniveau lediglich der Mietstufe I zugeordnet. Das Mietniveau der Inselgemeinden ist jedoch erheblich höher als auf dem Festland, sodass das Wohngeld nach Auffassung der Bürgermeister zu gering ausfalle oder gar nicht erst gewährt werde.

1. **Betrifft der geschilderte Sachverhalt nur die Ostfriesischen Inseln, oder gibt es in Niedersachsen und Deutschland weitere vergleichbare Fälle, in denen das Mietniveau zwischen den Gemeinden eines Kreises ähnlich stark differiert?**
2. **Sieht die Landesregierung in der Anwendung des aktuellen Wohngeldrechts im Falle der Ostfriesischen Inseln ein Problem?**
3. **Befürwortet die Landesregierung eine Öffnungsklausel im Wohngeldgesetz, die es den Ländern ermöglichen würde, bei der Festlegung von Mietstufen Sonderfälle berücksichtigen zu können?**

**12. Hat Umweltminister Wenzel Geld für ein Referat erhalten?**

Abgeordneter Martin Bäumer (CDU)

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Vom 23. bis 24. Juni 2016 veranstaltete die Anwaltskanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll. (GGSC) ein Informationsseminar zum Thema „Erfahrungsaustausch Kommunale Abfallwirtschaft“ in Berlin.

In einer Vorankündigung der Kanzlei hieß es: „Wir haben für Sie auch in diesem Jahr wieder ein breites Themenspektrum und eine interessante Mischung aus Gastreferenten sowie Vortragenden aus den Reihen der (GGSC) Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Zu den Mitwirkenden zählen u. a.: Herr Minister Stefan Wenzel (Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz), Herr MdB Michael Thews (Deutscher Bundestag/Fraktion der SPD), Herr Peter Kurth (Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V.), Herr Patrick Hasenkamp (Verband kommunaler Unternehmen), Frau Dr. Tanja Wielgoß (Berliner Stadtreinigung)“

Der Kostenbeitrag (Teilnahme, Tagungsunterlagen, Kaffeepausen, Mittagessen, Abendveranstaltung) betrug laut Einladungsflyer für beide Tage je Person für Kommunalvertreter und Mitarbeiter von Behörden 490,00 Euro inkl. USt. , für andere Teilnehmer 690,00 Euro zzgl. USt.

Minister Wenzel war als alleiniger Referent für den Themenblock C: (Abfallpolitik der Länder) für den 23. Juni 2016 vorgesehen. Er sollte ab 16.00 Uhr zu den „Perspektiven der Abfallwirtschaft im Land Niedersachsen“ referieren und danach für „Nachfragen und Diskussion“ zur Verfügung stehen.

Der Termin war im Presseterminplan der Landesregierung für die betreffende Kalenderwoche nicht vermerkt.

1. **In welcher Art und Weise war der Termin von Minister Wenzel dienstlich veranlasst?**
2. **War der Minister auch bei der Abendveranstaltung „Jubiläumsfest - 30 Jahre (GGSC)“ im EnergieForum Berlin zugegen?**
3. **Hat Minister Wenzel für seine Teilnahme eine Entschädigung erhalten, und wer hat die Kosten für die Hin- und Rückreise und gegebenenfalls die Übernachtung übernommen?**

**13. Wird die neurochirurgische Abteilung am AKH Celle in den Krankenhausplan des Landes Niedersachsen aufgenommen?**

Abgeordneter Thomas Adasch (CDU)

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Das Allgemeine Krankenhaus Celle (AKH Celle) ist zertifiziertes überregionales Traumazentrum im Trauma-Netzwerk Nord-Ost-Niedersachsen und zertifizierte überregionale Stroke-Unit. Diese überregionalen Zentren gewährleisten die Notfallversorgung im Landkreis Celle und für den Nordosten Niedersachsens. Das Konzept der Traumanetzwerke wird von der Landesregierung ausdrücklich begrüßt.

Sowohl für die Anerkennung als überregionales Traumazentrum als auch für die Anerkennung als überregionale Stroke-Unit ist eine 24-Stunden-Bereitschaft von Neurochirurgen vor Ort Bedingung. Um den Anforderungen dieser Zertifizierungen zu entsprechen, betreibt das AKH Celle seit Ende 2007 eine Neurochirurgie mit einer 24-Stunden-Bereitschaft an sieben Tagen der Woche für alle Akuteingriffe an Wirbelsäule und Schädel. Das AKH Celle muss mithin die notwendige Ausstattung einer Neurochirurgischen Klinik vorhalten (fünf Fachärzte, ein Operationsmikroskop, eine Neuronavigation, eine interventionelle Radiologie). Da die Neurochirurgie in Celle nicht in den niedersächsischen Krankenhausplan aufgenommen ist, wird die Vergütung von Schädeloperationen durch die gesetzlichen Kassen abgelehnt. Dies hat zur Folge, dass zwar privat versicherte Patienten adäquat in Celle operiert werden können, Patienten gesetzlicher Krankenkassen jedoch nach Hannover ausweichen müssen.

Um die neurochirurgische Versorgung am AKH Celle aufrechterhalten zu können, wurde am 30. April 2014 beim Sozialministerium der Antrag auf Aufnahme einer neurochirurgischen Abteilung am AKH Celle in den Krankenhausplan des Landes Niedersachsen gestellt. Ein Bescheid steht bislang aus.

1. **Unterstützt die Landesregierung aus krankenhauplanerischen Überlegungen die rasche, wohnortnahe Notfallversorgung von Patienten mit Hirnblutungen und schweren Schädel-Hirn-Verletzungen am AKH Celle?**
2. **Aus welchen Gründen wurde über den Antrag des AKH Celle vom 30. April 2014 durch das Sozialministerium bislang nicht entschieden?**
3. **Wann ist mit einer Entscheidung über den Antrag des AKH Celle zu rechnen?**

**14. Besuch von Abgeordneten in Landeseinrichtungen**

Abgeordnete Björn Thümler, Jens Nacke, Reinhold Hilbers, Jörg Hillmer, Editha Lorberg, Frank Oesterhelweg und Dirk Toepffer (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Mit dem Runderlass des Kultusministeriums „Besuche von Politikerinnen und Politikern in Schulen“ (RdErl vom 1. August 2012, geändert durch RdErl vom 1. August 2014) hat die Landesregierung den Besuch von Politikerinnen und Politikern in Schulen konkret geregelt.

1. **Unter welchen Voraussetzungen dürfen Abgeordnete des Landtages Landesbehörden, Landeseinrichtungen, Landesinstitute, Niedersächsische Hochschulen etc. besuchen?**
2. **Welche Einschränkungen gibt es vor Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen für den Besuch von Landeseinrichtungen durch Abgeordnete des Landtages?**
3. **Welche Rechtsgrundlagen sind für die Beurteilung maßgeblich, ob ein Abgeordneter des Landtages die in Rede stehenden Einrichtungen besuchen kann bzw. der Besuch gegebenenfalls auch versagt werden kann?**

#### 15. **Variantenvergleich A 39 - Abschnitt 3**

Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

##### **Vorbemerkung des Abgeordneten**

Der niedersächsische Verkehrsminister Herr Olaf Lies hat bei seinem Besuch im August 2015 im Kurhaus von Bad Bevensen zugesagt, dass die Streckenvarianten der A 39 zwischen Röbbel und Höver noch einmal untersucht und bewertet werden sollen. Dabei solle auch die Variante 516 (Gelenkpunkte 11 und 13) in die erneute Untersuchung mit aufgenommen werden, weil neue Grenzwerte für die Critical-Loads und die landwirtschaftliche Betroffenheit neu bewertet werden sollten.

Auf Nachfrage wurde mir am 25. Juli 2016 durch die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsstelle Lüneburg mitgeteilt, dass der Variantenvergleich voraussichtlich im Herbst 2016 abgeschlossen sein würde.

1. **Ist die oben genannte Variante entsprechend der Zusage des Ministers aus dem August 2015 in die erneute Überprüfung mit aufgenommen worden?**
2. **Wenn nein: Warum ist diese Variante nicht in die erneute Überprüfung mit aufgenommen worden und auf der Arbeitskreissitzung für den 3. Abschnitt am 22. November 2016 in Bad Bevensen mit vorgestellt worden?**
3. **Wann werden die Ergebnisse der Überprüfung vorgestellt?**

#### 16. **Wer will die Fusion der Industrie- und Handelskammern Braunschweig und Lüneburg? (Teil 1)**

Abgeordnete Jörg Hillmer, Heiner Schönecke, Helmut Dammann-Tamke, André Bock, Kai Seefried, Mechthild Ross-Luttmann, Gudrun Pieper, Karin Bertholdes-Sandrock, Lutz Winkelmann und Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

##### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Im Nordosten Niedersachsens werden die Verhandlungen der Industrie- und Handelskammern Lüneburg, Wolfsburg und Braunschweig mit dem Ziel einer Fusion kritisch begleitet. Landräte, Oberbürgermeister, aber auch Bundestagsabgeordnete protestieren gegen eine solche Fusion.

So haben Landrat Nahrstedt (Lüneburg, SPD), Oberbürgermeister Mädge (Lüneburg, SPD), Landrat Rempe (Harburg, CDU) und Landrat Roesberg (Stade, parteilos) gemeinsam Stellung bezogen: „Wir bilden in Nordniedersachsen zusammen mit Hamburg einen Wirtschaftsraum, den es zu stärken gilt. Die Unternehmen und Betriebe zwischen Stade und Lüneburg sind eindeutig Richtung Hamburg orientiert. Zur Unterstützung müssen die Kammern ihren Sitz hier vor Ort haben. Wir wollen keine Außenstelle für Wolfsburg oder Braunschweig sein.“

1. **Wie steht die Landesregierung zu den Überlegungen einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Industrie- und Handelskammern Lüneburg, Wolfsburg und Braunschweig?**
2. **Welche Gespräche wurden zwischen den Industrie- und Handelskammern Lüneburg, Wolfsburg und Braunschweig und der Landesregierung dazu bereits geführt?**

- 3. Welche Zusagen seitens der Landesregierung gibt es bereits bezüglich einer möglichen Fusion der in Rede stehenden Industrie- und Handelskammern?**

**17. Wer will die Fusion der Industrie- und Handelskammern Braunschweig und Lüneburg? (Teil 2)**

Abgeordnete Heiner Schönecke, Jörg Hillmer, Helmut Dammann-Tamke, André Bock, Kai Seefried, Mechthild Ross-Luttmann, Gudrun Pieper, Karin Bertholdes-Sandrock, Lutz Winkelmann, Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Im Nordosten Niedersachsens werden die Verhandlungen der Industrie- und Handelskammern Lüneburg, Wolfsburg und Braunschweig mit dem Ziel einer Fusion kritisch begleitet. Landräte, Oberbürgermeister, aber auch Bundestagsabgeordnete protestieren gegen eine solche Fusion.

So haben Landrat Nahrstedt (Lüneburg, SPD), Oberbürgermeister Mädge (Lüneburg, SPD), Landrat Rempe (Harburg, CDU) und Landrat Roesberg (Stade, parteilos) gemeinsam Stellung bezogen: „Wir bilden in Nordniedersachsen zusammen mit Hamburg einen Wirtschaftsraum, den es zu stärken gilt. Die Unternehmen und Betriebe zwischen Stade und Lüneburg sind eindeutig Richtung Hamburg orientiert. Zur Unterstützung müssen die Kammern ihren Sitz hier vor Ort haben. Wir wollen keine Außenstelle für Wolfsburg oder Braunschweig sein.“

- 1. Wie beurteilt die Landesregierung den Ansatz der Landräte aus der Region Süderelbe, mehr in Wirtschaftsräumen zu denken?**
- 2. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem Denken in Wirtschaftsräumen in Bezug auf einen eventuellen Kammerzuschnitt?**
- 3. Welche Hilfestellung beabsichtigt die Landesregierung den Industrie- und Handelskammern in Niedersachsen zu geben, wenn diese sich in welcher Form auch immer räumlich neu aufstellen wollen?**

**18. Wer will die Fusion der Industrie- und Handelskammern Braunschweig und Lüneburg? (Teil 3)**

Abgeordnete Helmut Dammann-Tamke, Jörg Hillmer, Heiner Schönecke, André Bock, Kai Seefried, Mechthild Ross-Luttmann, Gudrun Pieper, Karin Bertholdes-Sandrock, Lutz Winkelmann, Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Im Nordosten Niedersachsens werden die Verhandlungen der Industrie- und Handelskammern Lüneburg, Wolfsburg und Braunschweig mit dem Ziel einer Fusion kritisch begleitet. Landräte, Oberbürgermeister, aber auch Bundestagsabgeordnete protestieren gegen eine solche Fusion.

So haben Landrat Nahrstedt (Lüneburg, SPD), Oberbürgermeister Mädge (Lüneburg, SPD), Landrat Rempe (Harburg, CDU) und Landrat Roesberg (Stade, parteilos) gemeinsam Stellung bezogen: „Wir bilden in Nordniedersachsen zusammen mit Hamburg einen Wirtschaftsraum, den es zu stärken gilt. Die Unternehmen und Betriebe zwischen Stade und Lüneburg sind eindeutig Richtung Hamburg orientiert. Zur Unterstützung müssen die Kammern ihren Sitz hier vor Ort haben. Wir wollen keine Außenstelle für Wolfsburg oder Braunschweig sein.“

- 1. Wie will die Landesregierung die Einbindung der Region Süderelbe in die Metropolregion Hamburg sicherstellen?**
- 2. Wie will die Landesregierung verhindern, dass die Region Süderelbe bei einer Fusion der Industrie- und Handelskammern Lüneburg, Wolfsburg und Braunschweig den wirtschaftlichen Zusammenhang zu Hamburg verliert?**

3. **Sieht die Landesregierung noch in anderen Bereichen Niedersachsens Potenzial für Neuzuschneide von IHK-Bezirken?**

**19. Wer will die Fusion der Industrie- und Handelskammern Braunschweig und Lüneburg? (Teil 4)**

Abgeordnete Kai Seefried, Jörg Hillmer, Heiner Schönecke, Helmut Dammann-Tamke, André Bock, Mechthild Ross-Luttmann, Gudrun Pieper, Karin Bertholdes-Sandrock, Lutz Winkelmann und Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Im Nordosten Niedersachsens werden die Verhandlungen der Industrie- und Handelskammern Lüneburg, Wolfsburg und Braunschweig mit dem Ziel einer Fusion kritisch begleitet. Landräte, Oberbürgermeister, aber auch Bundestagsabgeordnete protestieren gegen eine solche Fusion.

So haben Landrat Nahrstedt (Lüneburg, SPD), Oberbürgermeister Mädge (Lüneburg, SPD), Landrat Rempe (Harburg, CDU) und Landrat Roesberg (Stade, parteilos) gemeinsam Stellung bezogen: „Wir bilden in Nordniedersachsen zusammen mit Hamburg einen Wirtschaftsraum, den es zu stärken gilt. Die Unternehmen und Betriebe zwischen Stade und Lüneburg sind eindeutig Richtung Hamburg orientiert. Zur Unterstützung müssen die Kammern ihren Sitz hier vor Ort haben. Wir wollen keine Außenstelle für Wolfsburg oder Braunschweig sein.“

1. **Welche gesetzlichen Neuregelungen müssten bei einer Fusion erfolgen?**
2. **Welche zeitlichen Vorgaben wären zu beachten?**
3. **Welche sonstigen organisatorischen Vorkehrungen müssten seitens des Landes getroffen werden?**

**20. Wer will die Fusion der Industrie- und Handelskammern Braunschweig und Lüneburg? (Teil 5)**

Abgeordnete Ernst-Ingolf Angermann und Thomas Adasch (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Im Nordosten Niedersachsens, also in der Region Süderelbe, werden die momentanen Überlegungen der Industrie- und Handelskammern Lüneburg, Wolfsburg und Braunschweig, enger zusammenarbeiten oder gar zu fusionieren, kritisch begleitet. Landräte, Oberbürgermeister, aber auch Bundestagsabgeordnete drücken ihre Vorbehalte aus und reagieren abwartend in der Angelegenheit.

1. **Welche Auswirkungen sieht die Landesregierung für den Raum Celle?**
2. **Geht die Landesregierung davon aus, dass die Außenstellen der Industrie- und Handelskammern beispielsweise in Celle erhalten bleiben?**
3. **Zu welcher IHK würde der Raum Celle nach Einschätzung der Landesregierung nach einer Umstrukturierung gehören?**

**21. Welche Auswirkungen hat die Einigung über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vom 17. Februar 2017 auf den Landeshaushalt?**

Abgeordnete Reinhold Hilbers (CDU)

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Die Tarifpartner für den öffentlichen Dienst der Länder haben sich am 17. Februar 2017 auf einen Tarifvertrag mit einer zweijährigen Laufzeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018 geeinigt. Der Tarifvertrag sieht eine lineare Entgelterhöhung in zwei Schritten vor. Rückwirkend zum

1. Januar 2017 soll das Entgelt um 2 %, mindestens aber 75 Euro je Monat erhöht werden. Ab 1. Januar 2018 ist eine weitere Erhöhung um 2,35 % vorgesehen. Hinzu kommen ergänzende Detailregelungen sowie Sonderregelungen für Auszubildende und Praktikanten.

1. **Welche finanziellen Auswirkungen haben die Inhalte der in Rede stehenden Tarifeinigung auf den beschlossenen Doppelhaushalt 2017/2018?**
2. **Plant die Landesregierung eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses auf die Besoldung der niedersächsischen Beamten und Versorgungsempfänger?**
3. **Mit welchen finanziellen Auswirkungen wäre eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses auf die Besoldung der niedersächsischen Beamten und Versorgungsempfänger im Jahr 2017 bzw. 2018 verbunden?**

## 22. Ist Privateigentum böse? - Grund und Boden vergesellschaften?

Abgeordnete Clemens Große Macke, Sebastian Lechner und Adrian Mohr (CDU)

### Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Mitgliederversammlung der Grünen Jugend Bayern hat am 29. Oktober 2016 ein Papier unter dem Titel „Schere schließen - Gemeingut statt Privatbesitz“ beschlossen. Unter anderem positioniert sich die Grüne Jugend dabei wie folgt: „Dabei müssen Grund und Boden als ein gesamtgesellschaftliches Gut betrachtet und so behandelt werden. Langfristig verfolgen wir das Ziel der Vergesellschaftung allen Grund und Bodens. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass auf Grundlage der jetzigen Möglichkeiten ein Gesetz zur Vergesellschaftung allen Grund und Bodens in Deutschland auf den Weg gebracht wird, um diesen in Gemeineigentum zu überführen. Wir fordern deshalb die Staatsregierung auf, im Bundesrat eine entsprechende Gesetzesinitiative einzubringen. Über die Vergabe und Nutzung des Bodens sollen die Kommunalparlamente unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung, der vormaligen Nutzung und eines hohen Umweltschutzes entscheiden können.“

1. **Teilt die Landesregierung die Auffassung der Grünen Jugend Bayern, dass sämtlicher Grund und Boden vergesellschaftet werden soll?**
2. **Im Falle einer Verneinung der ersten Frage: Was tut die Landesregierung, um entsprechenden politischen Tendenzen zur Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden entgegenzuwirken?**
3. **Wäre die im Entwurf zum LWG vorgesehene Regelung, mit dem eine entschädigungslose Beschränkung von Nutzungs- und Düngemöglichkeiten entlang der Randstreifen an Gewässern 1., 2. und künftig auch 3. Ordnung gesetzlich festgeschrieben werden soll, ein enteignungsgleicher Einstieg zu Lasten der Eigentümer und Pächter landwirtschaftlicher Flächen in Niedersachsen?**

## 23. Wird die Landesregierung den Erhalt des Kunsthistorischen Instituts der Universität Osnabrück unterstützen?

Abgeordneter Burkhard Jasper (CDU)

### Vorbemerkung des Abgeordneten

Nach mehreren Berichten in der *Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ)* über die beabsichtigte Schließung des Kunsthistorischen Instituts der Universität Osnabrück lautete am 16. Februar 2017 eine Überschrift in der *NOZ*: „Kunstgeschichte vorläufig gerettet“. Danach finden grundsätzliche Überlegungen des Präsidiums, trotz finanzieller Engpässe die Wettbewerbsfähigkeit der Fächer insgesamt zu erhöhen und dafür stellenspezifische Gestaltungsspielräume zu schaffen, die volle Zustimmung des Senats. Solche Maßnahmen dürften aber nicht zwangsläufig auf Kosten des Faches Kunstgeschichte und des Kunsthistorischen Instituts gehen.

Dazu erklärte nach Angaben der *NOZ* das Ministerium für Wissenschaft und Kultur: „Für eine zukunftsfähige Ausrichtung müssen sich Hochschulen beständig fortentwickeln und ihr Profil schärfen. Vor diesem Hintergrund können die an der Universität Osnabrück diskutierten strukturellen Veränderungen einen Beitrag zur Profilschärfung leisten.“

1. **Hält die Landesregierung das Kunsthistorische Institut der Universität Osnabrück als Angebot in der niedersächsischen Hochschullandschaft für erhaltenswert?**
2. **Trägt die Kunstgeschichte in Osnabrück zur Profilschärfung bei?**
3. **Ist die Landesregierung bereit, der Universität die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit das Präsidium den erforderlichen Gestaltungsspielraum zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit hat und gleichzeitig das Institut für Kunstgeschichte erhalten kann?**

#### 24. Academic Franchising in Niedersachsen: „Studiengebühren durch die Hintertür“?

Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Sylvia Bruns, Christian Dürr und Gabriela König (FDP)

##### Vorbemerkung der Abgeordneten

Der Wissenschaftsrat hat am 20. Januar 2017 eine Drucksache mit dem Titel „Bestandsaufnahme und Empfehlungen zu studiengangbezogenen Kooperationen: Franchise-, Validierungs- und Anrechnungsmodelle“ veröffentlicht. Die *FAZ* hat mit Bezug auf die Drucksache ausgeführt, dass Kooperationen von Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen zum Teil länderübergreifend eingesetzt werden, um Studienplätze in Fächern anzubieten, wenn die Kapazitätsengpässe an öffentlichen Hochschulen bestehen. Anders als an öffentlichen Hochschulen können im Franchise-Modell Studiengebühren erhoben werden. Die *FAZ* bezeichnet dies als „Studiengebühren durch die Hintertür“.

1. **Wie viele Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen in Niedersachsen nutzen das Franchisemodell jeweils als Auftraggeber oder Dienstleister?**
2. **In welchen Studiengängen wird das Franchisemodell in Niedersachsen durchgeführt?**
3. **Wie viele Studierende in Niedersachsen sind in Studiengängen eingeschrieben, die dem Franchisemodell zugerechnet werden können?**

#### 25. DITIB in den Jugendringen

Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bruns, Christian Dürr, Björn Försterling, Jan-Christoph Oetjen, Hillgriet Eilers, Jörg Bode, Dr. Stefan Birkner und Christian Grascha (FDP)

##### Vorbemerkung der Abgeordneten

Wie u. a. die *Braunschweiger Zeitung* am 3. Februar 2017 berichtete, wurden Ermittlungen gegen einen Imam aus dem DITIB-Verband eingeleitet, weil er Anhänger der sogenannten Gülen-Bewegung im Auftrag der türkischen Regierung ausspioniert haben soll. Am 15. Februar 2017 berichtete u. a. die *Tagesschau* auf ihrem Internetauftritt, dass Wohnungen von vier islamischen Geistlichen, die dem DITIB-Verband angehören, in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz von der Polizei durchsucht worden seien. Gegen die Beschuldigten bestehe der Verdacht, dass sie Informationen über Anhänger der Gülen-Bewegung gesammelt und dem türkischen Generalkonsulat in Köln berichtet hätten, so die Bundesanwaltschaft. In dem Bericht der *Tagesschau* heißt es weiter, mindestens 13 Imame hätten nach Erkenntnissen des NRW-Verfassungsschutzes Informationen über Anhänger des Predigers Gülen an die sogenannte Diyanet in der Türkei weitergegeben. Der Landesjugendverband Niedersachsen & Bremen des DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V., Landesjugendverband Niedersachsen/Bremen) gehört dem Landesjugendring Niedersachsen e. V. an. In Hannover gehört die DITIB Jugend Hannover dem Stadtjugendring Hannover e. V. an.

1. **Wie bewertet die Landesregierung die Mitgliedschaft des DITIB-Jugendverbandes im Landesjugendring Niedersachsen e. V. vor dem Hintergrund, dass Teile des DITIB-Dachverbandes der Spionage verdächtigt werden?**
2. **Wie steht die Landesregierung zu der Mitgliedschaft der DITIB-Jugendverbände in den Jugendringen?**
3. **Sieht die Landesregierung Gefahren in solch einer Mitgliedschaft und, wenn ja, ergreift sie Maßnahmen, damit sich Teile der DITIB-Jugendverbände nicht an der mutmaßlichen Spionage beteiligen?**

## 26. Was bedeutet die neue Düngeverordnung für die Landwirtschaft? (Teil 1)

Abgeordnete Hermann Grupe, Dr. Gero Hocker, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen und Hillgriet Eilers (FDP)

### Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 16. Februar 2017 berichtete *agrarheute.com* über die Änderung des Düngerechts (<https://www.agrarheute.com/wissen/aendert-novellierte-duengeverordnung>). Das Bundeskabinett habe die Novelle der Düngeverordnung am 15. Februar 2017 behandelt. Im März 2017 solle sie im Bundesratsplenum verabschiedet werden. Im aktuellen Entwurf sei geregelt, dass die Düngebedarfsermittlung für Stickstoff auf Acker- und Grünland bundeseinheitlich geregelt und konkretisiert werde. Ertragsabhängige standort- und kulturartenspezifische Obergrenzen für die Stickstoffdüngung sollten eingeführt werden. Die zulässige Stickstoffgabe im Herbst werde auf 60 kg Gesamtstickstoff je Hektar begrenzt.

In einer Pressemitteilung des Landwirtschaftsministeriums vom 15. Februar 2017 heißt es zur Einigung beim Düngerecht zwischen Bund und Ländern: „Maßgeblich durch den Einfluss Niedersachsens ist in zähen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern ein Kompromiss bei der Novelle des Düngerechts erreicht worden.“ (<http://www.ml.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/agrarminister-meyer-zwischen-bund-und-laendern-endlich-einigung-beim-duengerecht.151164.html>).

Am ersten Entwurf der Düngeverordnung gab es Kritik des Nationalen Normenkontrollrats (NKR) zur Berechnung des durch die Düngeverordnung entstehenden Erfüllungsaufwandes bei den landwirtschaftlichen Betrieben. In der Bundesratsdrucksache 629/15 heißt es dazu: „Bei der Darstellung des Erfüllungsaufwands handelt es sich um eine Schätzung, für die dem BMEL in zahlreichen Punkten eine ausreichende Datenbasis nicht zur Verfügung stand. Der NKR kann diese Schätzung nicht nachvollziehen.“ (Seite 35) Es gebe Hinweise darauf, dass allein der zusätzliche bürokratische Aufwand für die Betriebe bei knapp einer halben Milliarde Euro jährlich liegen könne (Seite 38). Das Bundeslandwirtschaftsministerium war lediglich von einem jährlichen Erfüllungsaufwand von insgesamt 56,2 Millionen Euro für die Landwirtschaft ausgegangen.

1. **Gab es im Beratungsprozess der Düngeverordnung zwischen Bund und Ländern infolge der Kritik des Nationalen Normenkontrollrates an der Folgenabschätzung des BMEL eine neue Berechnung der Folgekosten für die landwirtschaftlichen Betriebe? Wenn ja, welches Ergebnis hatte diese, wenn nein, warum nicht?**
2. **Was wird bezüglich der Düngebedarfsermittlung für Stickstoff auf Acker- und Grünland konkret in der neuen Düngeverordnung geregelt?**
3. **Wie wird in der neuen Düngeverordnung sichergestellt, dass die Landwirte die Stickstoffdüngung auf individuelle Bedürfnisse insbesondere im Hinblick auf den Standort, die Kultur und den erreichten Ertrag ausrichten können?**

**27. Was bedeutet die neue Düngeverordnung für die Landwirtschaft? (Teil 2)**

Abgeordnete Hermann Grupe, Dr. Gero Hocker, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen und Hillgriet Eilers (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Am 16. Februar 2017 berichtete *agrarheute.com* über die Änderung des Düngerechts (<https://www.agrarheute.com/wissen/aendert-novellierte-duengeverordnung>). Das Bundeskabinett habe die Novelle der Düngeverordnung am 15. Februar 2017 behandelt. Im März 2017 solle sie im Bundesratsplenium verabschiedet werden. Im aktuellen Entwurf sei geregelt, dass die Düngedarfsermittlung für Stickstoff auf Acker- und Grünland bundeseinheitlich geregelt und konkretisiert werde. Ertragsabhängige standort- und kulturartenspezifische Obergrenzen für die Stickstoffdüngung sollten eingeführt werden. Die zulässige Stickstoffgabe im Herbst werde auf 60 kg Gesamtstickstoff je Hektar begrenzt.

In einer Pressemitteilung des Landwirtschaftsministeriums vom 15. Februar 2017 heißt es zur Einigung beim Düngerecht zwischen Bund und Ländern: „Maßgeblich durch den Einfluss Niedersachsens ist in zähen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern ein Kompromiss bei der Novelle des Düngerechts erreicht worden.“ (<http://www.ml.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/agrarminister-meyer-zwischen-bund-und-laendern-endlich-einigung-beim-duengerecht.151164.html>).

Am ersten Entwurf der Düngeverordnung gab es Kritik des Nationalen Normenkontrollrats (NKR) zur Berechnung des durch die Düngeverordnung entstehenden Erfüllungsaufwandes bei den landwirtschaftlichen Betrieben. In der Bundesratsdrucksache 629/15 heißt es dazu: „Bei der Darstellung des Erfüllungsaufwands handelt es sich um eine Schätzung, für die dem BMEL in zahlreichen Punkten eine ausreichende Datenbasis nicht zur Verfügung stand. Der NKR kann diese Schätzung nicht nachvollziehen.“ (Seite 35) Es gebe Hinweise darauf, dass allein der zusätzliche bürokratische Aufwand für die Betriebe bei knapp einer halben Milliarde Euro jährlich liegen könne (Seite 38). Das Bundeslandwirtschaftsministerium war lediglich von einem jährlichen Erfüllungsaufwand von insgesamt 56,2 Millionen Euro für die Landwirtschaft ausgegangen.

- 1. Was wird bezüglich der Herstdüngung mit Stickstoff konkret in der neuen Düngeverordnung geregelt?**
- 2. Wie wird in der neuen Düngeverordnung sichergestellt, dass die Landwirte die Herstdüngung mit Stickstoff auf individuelle Bedürfnisse insbesondere im Hinblick auf den Standort, die Kultur, die Strohrotte und den Verlauf der Jugendentwicklung des Bestandes ausrichten können?**
- 3. Wie wird in der neuen Düngeverordnung sichergestellt, dass die Landwirte eine individuelle Stickstoffversorgung beim Stoppelweizen im Herbst insbesondere im Hinblick auf den Standort, die Strohrotte und den Verlauf der Jugendentwicklung des Bestandes gewährleisten können?**

**28. Beabsichtigte Abschiebung der Göttinger Gefährder (Teil 1)**

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Christian Grascha, Jörg Bode, Dr. Marco Genthe, Christian Dürr und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Das Land Niedersachsen will die beiden wegen dringenden Terrorverdaches festgenommenen Männer aus Göttingen abschieben. Sie wurden dafür bereits in die Abschiebehafte am Flughafen Hannover-Langenhagen verlegt. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete in ihrer Printausgabe vom 18. Februar 2017 entsprechend. Rechtsgrundlage dafür soll § 58 a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) sein. Bei den beiden Männern wurden scharf gemachte Schusswaffen, Munition und Flaggen des Islamischen Staates bei der polizeilichen Durchsuchung gefunden. Die beiden Männer können binnen sieben Tagen beim Bundesverwaltungsgericht vorläufigen Rechtsschutz beantragen.

1. Welche Tatsachen liegen der Abschiebungsanordnung gemäß § 58 a AufenthG zugrunde, aus denen sich eine besondere Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eine terroristische Gefahr ergibt?
2. Wegen welcher Straftatbestände wird gegen die beiden Gefährder aufgrund welcher tatsächlichen Erkenntnisse ermittelt?
3. Sind den beiden Gefährdern Rechtsanwälte zur Wahrung ihrer Rechte beigeordnet worden? Wenn ja, haben diese bereits vorläufigen Rechtsschutz beantragt?

#### 29. Beabsichtigte Abschiebung der Göttinger Gefährder (Teil 2)

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Christian Grascha, Jörg Bode, Dr. Marco Genthe, Christian Dürr und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

##### Vorbemerkung der/des Abgeordneten

Das Land Niedersachsen will die beiden wegen dringenden Terrorverdachtes festgenommenen Männer aus Göttingen abschieben. Sie wurden dafür bereits in die Abschiebehaf am Flughafen Hannover-Langenhagen verlegt. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete in ihrer Printausgabe vom 18. Februar 2017 entsprechend. Rechtgrundlage dafür soll § 58 a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) sein. Bei den beiden Männern wurden scharf gemachte Schusswaffen, Munition und Flaggen des Islamischen Staates bei der polizeilichen Durchsuchung gefunden. Die beiden Männer können binnen sieben Tagen bei Bundesverwaltungsgericht vorläufigen Rechtsschutz beantragen. Die beiden Heimatländer der Männer, Algerien und Nigeria, sollen als kooperativ bezüglich der Aufnahme der beiden eingeschätzt werden. Gültige Ausreisedokumente liegen den Behörden vor.

1. Warum ist gegen die beiden Gefährder nicht die Anordnung der Untersuchungshaft nach der Strafprozessordnung beantragt worden?
2. Aufgrund welcher Erkenntnisse werden Algerien und Nigeria als so kooperativ eingestuft, dass die beiden Gefährder zurückgenommen werden?
3. Wurde mit Algerien und Nigeria bereits Kontakt bezüglich einer Aufnahme der beiden aufgenommen?

#### 30. Wer darf im Nationalpark Harz jagen?

Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Dr. Stefan Birkner, Dr. Gero Hocker und Christian Grascha (FDP)

##### Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung „Bewirtschaftung und Jagd im Nationalpark Harz“ (Drucksache 17/6585) warf wiederum weitere Fragen auf.

1. Welche Auswirkungen haben die unterschiedlichen Jagdgesetze in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt auf die Jagd im Nationalpark Harz?
2. Wie hoch war der prozentuale und absolute Anteil der Teilnehmer an Jagden im Nationalpark Harz seit 2010, der im Einzugsgebiet des Nationalparks lebt (Umkreis von ca. 30 Kilometer um den Nationalpark, bitte pro Jahr aufschlüsseln)?
3. Welche Voraussetzungen muss ein Bewerber erfüllen, um an Jagden im Nationalpark Harz teilnehmen zu dürfen?

**31. Können niedersächsische Ausländerbehörden Fingerabdrücke erfassen?**

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Christian Grascha, Jörg Bode, Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Am 7. Februar 2017 berichtete u. a. das Handelsblatt, dass nur eine von zehn Ausländerbehörden Fingerabdrücke erfassen könne. Zwar registrierte das BAMF seit Herbst 2016 alle ankommenden Flüchtlinge mit Fingerabdruck, um so Mehrfachregistrierungen zu vermeiden und Mehrfachidentitäten aufzudecken, jedoch könnten nur 10 % der Ausländerbehörden Fingerabdrücke von Asylbewerbern nehmen und diese mit dem Ausländerzentralregister vergleichen.

1. **Wie viele Ausländerbehörden in Niedersachsen können bzw. können keine Fingerabdrücke erfassen und verarbeiten?**
2. **Wie wird sichergestellt, dass Identitäten bei den Ausländerbehörden sicher festgestellt werden können?**
3. **Bis wann werden alle niedersächsischen Ausländerbehörden Fingerabdrücke erfassen können?**

**32. Wie kam der Wolf durch den Militärzaun?**

Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Jörg Bode und Dr. Marco Genthe (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Auf dem Gelände einer Logistikfirma in Rehden (LK Diepholz) wurden in den vergangenen Wochen häufiger zwei Wölfe gesichtet. Das Gelände liegt auf einem ehemaligen Militärareal und ist mit einem 3 m hohen Hochsicherheitszaun komplett umzäunt.

1. **Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung, wie der Wolf auf das Gelände der Logistikfirma gelangen konnte?**
2. **War der Zaun nach Auffassung der Landesregierung wolfsicher?**
3. **Falls Frage 2 mit ja beantwortet wurde: Welche Auswirkungen hat das auf die Anforderungen an Zäune für Nutztierhalter und für die Anforderungen der Förderrichtlinie Wolf?**

**33. Ohne Moos nix los?- Helfen Mooswände gegen Feinstaub?**

Abgeordnete Christian Grascha, Dr. Gero Hocker, Jörg Bode und Gabriela König (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart testet aktuell den Einsatz von Mooswänden, die dabei helfen sollen, Feinstaubpartikel aus der Luft zu entfernen. Nachdem im November ein erstes Teilstück errichtet wurde, wird nun eine rund 100 m lange Wand gebaut.

1. **Wie bewertet die Landesregierung diesen Modellversuch?**
2. **Wäre auch die Landesregierung bereit, einen solchen Modellversuch zu fördern?**
3. **Welche Forschungsprojekte zur Reduzierung von Feinstaub- oder Stickstoffoxidbelastungen gibt es aktuell in Niedersachsen?**

**34. Notwendigkeit einer verbraucherrechtlichen Musterfeststellungsklage?**

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner und Jörg Bode (FDP)

**Vorbemerkung der/des Abgeordneten**

In der *Zeitschrift für Rechtspolitik*, Ausgabe 1/2017, thematisierte der Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, Thomas Kutschaty (SPD) in einem Interview mit ebenjener Zeitschrift die Notwendigkeit einer verbraucherrechtlichen Musterfeststellungsklage als Instrument für eine erleichterte und prozessökonomisch sinnvolle Durchsetzung der Rechte der Verbraucher in Deutschland. Das Interview wurde vor dem Hintergrund geführt, dass das Bundesjustizministerium einen Referentenentwurf zur Einführung einer Musterfeststellungsklage vorgelegt hat und die aktuelle Causa VW die Unzulänglichkeiten des deutschen Verbraucherschutzes darlege.

1. **Wie bewertet die Landesregierung den Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums zur Einführung einer verbraucherrechtlichen Musterfeststellungsklage?**
2. **Sieht die Landesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen Causa VW die Notwendigkeit der Einführung einer verbraucherrechtlichen Musterfeststellungsklage?**
3. **Wird die Landesregierung, ähnlich wie der Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, Thomas Kutschaty (SPD), die Initiative des Bundesjustizministeriums bezüglich einer verbraucherrechtlichen Musterfeststellungsklage unterstützen?**

**35. Welche Gesetze plant die Landesregierung noch einzubringen?**

Abgeordnete Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner, Christian Dürr, Christian Grascha, Dr. Marco Genthe und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

In der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung von Abgeordneten der FDP-Fraktion im September 2016 (Anfrage 37, Drucksache 17/6474) wird u. a. darauf hingewiesen, dass Vorhaben nicht aufgeführt seien, „die lediglich auf Arbeitsebene angedacht wurden, (...), weil hier der Willensbildungsprozess sowohl in den einzelnen Ressorts als auch innerhalb der Landesregierung noch nicht abgeschlossen ist.“ Ebenfalls wird bemerkt, dass die Antwort auf Frage 3 eine Momentaufnahme darstelle.

1. **Welche Gesetze sind in Ressortverantwortung welches Ministeriums derzeit in Vorbereitung?**
2. **Wie ist der jeweilige Verfahrensstand?**
3. **Welche Vorhaben plant die Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode in den Landtag einzubringen?**

**36. Registrierung von Asylbewerbern mit Fingerabdruck?**

Abgeordnete Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen, Gabriela König, Christian Dürr, Dr. Marco Genthe, Hillgriet Eilers und Dr. Stefan Birkner (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung „Wollte Ausländerbehörde Sozialbetrug vertuschen?“ der Abgeordneten Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen, Christian Grascha, Horst Kortlang, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe, Almuth von Below-Neufeldt (Drucksache 17/7350, Nr. 57) ergeben sich weitere Nachfragen im Hinblick auf die Registrierungen.

1. **Bei wie vielen Asylbewerbern wurden bisher keine Fingerabdrücke genommen?**
2. **Wie viele Registrierungen gab es 2016, und wie viele Personen wurden davon mit Fingerabdruck registriert?**

3. **Wie werden die Altfälle, bei denen noch keine Fingerabdrücke genommen worden, aufgearbeitet?**

### 37. **Wer hat Einblick in die Rissgutachten?**

Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Dr Stefan Birkner, Jörg Bode und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

#### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Um eine Billigkeitsleistung für einen Nutztierriss zu bekommen, ist laut Förderrichtlinie Wolf eine amtliche Feststellung des NLWKN notwendig. Eine Billigkeitsleistung wird laut Richtlinie nur gewährt, wenn der Wolf als Verursacher eindeutig erwiesen oder mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist.

Die Nutztierrißliste Niedersachsen gibt hinsichtlich der abschließenden Bewertung der jeweiligen Risse neben der Bestätigung eines Risses durch den Wolf Auskunft über „Wolf nicht nachweisbar“ und „kein Wolf“. In vielen Fällen wird dazu „DANN-Analyse: Hund“ angegeben. Ansonsten stehen keine weiteren Informationen zu Verfügung. Somit steht keine schlüssige Aussage zur Verfügung, welche Teilergebnisse (Pathologie/DNA/Rissbegutachtung) zur abschließenden Beurteilung der Risse herangezogen werden.

1. **Haben die betroffenen Nutztierhalter die Möglichkeit, die Rissgutachten einzusehen und, wenn ja, wo, und wie verläuft das Verfahren?**
2. **Wenn nicht, auf welcher rechtlichen Grundlage wird diese Möglichkeit nicht eingeräumt?**
3. **Wie viele Anträge wurden seit 2014 hinsichtlich Einsichtnahme der Abschlussgutachten durch die Nutztierhalter gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden positiv entschieden?**

### 38. **Wie wirkt der Masterplan Salzreduzierung?**

Abgeordnete Horst Kortlang, Christian Grascha, Hermann Grupe und Dr. Gero Hocker (FDP)

#### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Am 18. März 2016 haben die für den Gewässerschutz zuständigen Minister in der Flussgebietsgemeinschaft Weser (FGG Weser) einen gemeinsamen Masterplan Salzreduzierung beschlossen. Der Masterplan besteht im Wesentlichen aus drei zentralen Maßnahmen. Zum einen soll bis Ende 2017 eine Kainit-Kristallisations-Flotationsanlage (KKF-Anlage) in Hattorf (Hessen) durch das Unternehmen K+S errichtet werden, die die Salzabwassermenge (aus der Produktion) um 1,5 Millionen m<sup>3</sup>/Jahr reduziert. Zweitens ist geplant, alle bestehenden und zukünftigen Halden durch das Unternehmen K+S abdecken zu lassen. Die dritte Maßnahme sieht das Einstapeln und den Versatz von verfestigten Rückständen in Grubengebäuden unter Tage vor.

Der damals beschlossene Masterplan wurde von anliegenden Gemeinden, dem Unternehmen K+S sowie Bürgerinitiativen aus unterschiedlichen Gründen kritisch gesehen.

1. **Welche Maßnahmen wurden bereits umgesetzt?**
2. **Sind bereits Erfolge oder Verbesserungen erkennbar und, wenn ja, welche und in welcher Form?**
3. **Ist nach Auffassung der Landesregierung das Ziel, dass die Weser bis 2027 einen guten ökologischen Zustand erreicht, weiter realistisch?**

**39. Sozialbetrug in der LAB Braunschweig - Was wusste die Leitungsebene?**

Abgeordnete Christian Dürr, Jan-Christoph Oetjen, Christian Grascha, Jörg Bode, Dr. Stefan Birkner, Gabriela König, Almuth von Below-Neufeldt, Dr. Marco Genthe und Dr. Gero Hocker (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Im Zuge der Dringlichen Anfrage der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/7318 „Pannen oder Angst? - Warum wurde den Hinweisen auf hundertfachen Sozialbetrug nicht schnell und konsequent nachgegangen?“ vom 2. Februar 2017 ergeben sich weitere Nachfragen im Hinblick auf die Geschehnisse rund um den Sozialbetrug in der LAB Braunschweig.

1. **Wann und in welcher Form gab es jeweils Kontakt zwischen Frau N. und der Hausleitung des Standorts Braunschweig (Leiter und Stellvertreterin) zu dem Sachverhalt?**
2. **Wurden über das Gespräch zwischen LAB BS und der Polizei im Februar 2016 jeweils Vermerke angefertigt? Wenn ja, was steht in diesen?**
3. **Gab es weitere Kontakte zwischen der LAB BS und der Polizei zwischen Februar 2016 und der Übergabe der Aktenordner im Juni 2016 zu dieser Thematik?**

**40. Welche Vorteile bieten „Unisex-Toiletten“**

Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Christian Dürr, Björn Försterling und Dr. Gero Hocker (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Wie *Der Tagesspiegel* auf seinem Internetauftritt vom 3. Januar 2017 berichtet, wird in Berlin die Einrichtung von „Toiletten aller Geschlechter“ - „Unisex-Toiletten“ - für öffentliche Gebäude geprüft. Ziel ist die „Einrichtung von WCs für alle Geschlechter ohne Nutzungseinschränkungen“.

Die *Neue Osnabrücker Zeitung* berichtet auf ihrem Internetauftritt vom 10. Februar 2017 ebenfalls über diese Thematik. Ferner heißt es in dem Artikel, das Niedersächsische Sozial- und Gleichstellungsministerium sei für die Einrichtung von „Unisex-Toiletten“.

1. **Wie steht die Landesregierung insgesamt dazu, „Unisex-Toiletten“ im öffentlichen Raum einzurichten?**
2. **Plant die Landesregierung einen Vorstoß bezüglich der Einrichtung von „Unisex-Toiletten“ im öffentlichen Raum in Niedersachsen?**
3. **Welche konkreten Vorteile, beispielsweise bei baurechtlichen Vorgaben, können sich durch die Einführung von „Unisex-Toiletten“ ergeben?**

**41. Was bedeutet das geplante neue Wassergesetz für die Landwirtschaft?**

Abgeordnete Hillgriet Eilers, Hermann Grupe, Jörg Bode und Dr. Stefan Birkner (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Die *Land&Forst* berichtete am 19. Januar 2017 über das von der Landesregierung geplante neue Wassergesetz (Seite 12). Demnach gelte zum Schutz der Gewässer vor Nährstoff- und Pflanzenschutzmitteleinträgen das bundesweit einheitliche landwirtschaftliche Fachrecht, das Ausbringungsverbote anhand der Gegebenheiten vor Ort (Hangneigung) vorschreibe. Über diese Regelung wolle das Land Niedersachsen im neuen Wassergesetz durch ein totales Pflanzenschutz- und Düngeverbot auf einem 5 m breiten Streifen entlang aller Gewässer unabhängig von deren tatsächlicher Wasserführung und Bedeutung deutlich hinausgehen. In der Folge werde durch diese Nutzungseinschränkung ein massiver Wertverlust der landwirtschaftlichen Flächen verursacht und Acker- sowie Grünland in pflegebedürftiges Ödland umgewandelt. Nach Berechnungen des Landvolks Niedersachsen auf Basis von Daten des Umweltministeriums seien von dem geplanten Gesetz 80 000 ha landwirtschaftliche Fläche in Niedersachsen betroffen.

1. **Macht es nach Auffassung der Landesregierung Sinn, auf einem 5 m breiten Streifen an allen wasserführenden und nicht wasserführenden Gewässern ein vollkommenes Pflanzenschutz- und Düngeverbot unabhängig von den örtlichen Gegebenheiten (Hangneigung, Bodenstruktur, Wasserführung der Gewässer usw.) durchzusetzen?**
2. **Würde das neue Wassergesetz mit der geplanten 5-m-Regelung durch das faktische Bewirtschaftungsverbot auf den betreffenden Flächen und die damit einhergehende Flächenverknappung nach Auffassung der Landesregierung die von der Landesregierung geplante Pacht- und Kaufpreisbremse für landwirtschaftliche Flächen konterkarieren?**
3. **Ist es nach Auffassung der Landesregierung möglich, statt der aktuell geplanten ordnungsrechtlichen Regelungen Maßnahmen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes umzusetzen, die auf die Gegebenheiten vor Ort eingehen, gemeinsam mit den Landwirten umgesetzt werden und einen vergleichbaren Nutzen für die Umwelt bringen?**

**42. Wie gut ist die Landesregierung auf die Gefahr durch die Gefährder vorbereitet? (Teil 2)**

Abgeordnete Björn Försterling, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe, Jan-Christoph Oetjen, Jörg Bode und Christian Grascha (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Die Landesregierung teilte auf eine Dringliche Anfrage der FDP-Fraktion am 2. Februar 2017 mit, dass derzeit 45 Gefährder ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben oder hatten. Etwa die Hälfte davon vermutet die Landesregierung im Ausland. Ein Drittel dieser Gefährder sind „Dschihad-Rückkehrer“ aus Kriegsgebieten wie Irak oder Syrien. Zudem hat die Landesregierung ausgeführt, dass 17 dieser Gefährder keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, elf weitere besitzen neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit. Bei zwei Personen wurde der Asylantrag abgelehnt, allerdings ist kein Gefährder ausreisepflichtig. Weitergehende Informationen wurden nicht mitgeteilt.

1. **Wie viele Gefährder sind weiblich?**
2. **Wie viele Gefährder sind minderjährig?**
3. **Wie viele Gefährder sind zwischen 14 und 16 Jahre alt?**

**43. Wie gut ist die Landesregierung auf die Gefahr durch die Gefährder vorbereitet? (Teil 3)**

Abgeordnete Horst Kortlang, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe, Jan-Christoph Oetjen, Jörg Bode, Björn Försterling und Christian Grascha (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Die Landesregierung teilte auf eine Dringliche Anfrage der FDP-Fraktion am 2. Februar 2017 mit, dass derzeit 45 Gefährder ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben oder hatten. Etwa die Hälfte davon vermutet die Landesregierung im Ausland. Ein Drittel dieser Gefährder sind „Dschihad-Rückkehrer“ aus Kriegsgebieten wie Irak oder Syrien. Zudem hat die Landesregierung ausgeführt, dass 17 dieser Gefährder keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, elf weitere besitzen neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit. Bei zwei Personen wurde der Asylantrag abgelehnt, allerdings ist kein Gefährder ausreisepflichtig. Weitergehende Informationen wurden nicht mitgeteilt.

1. **Wie viele Gefährder wurden seit 2013 abgeschoben?**
2. **Wie viele Gefährder sind seit 2013 freiwillig ausgewandert?**
3. **Aufgrund welcher Rechtsgrundlage wird die Abschiebung der oben erwähnten zwei Personen mit abgelehntem Asylantrag ausgesetzt?**

**44. Wie gut ist die Landesregierung auf die Gefahr durch die Gefährder vorbereitet? (Teil 4)**

Abgeordnete Christian Dürr, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe, Jan-Christoph Oetjen, Jörg Bode, Björn Försterling und Christian Grascha (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Die Landesregierung teilte auf eine Dringliche Anfrage der FDP-Fraktion am 2. Februar 2017 mit, dass derzeit 45 Gefährder ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben oder hatten. Etwa die Hälfte davon vermutet die Landesregierung im Ausland. Ein Drittel dieser Gefährder sind „Dschihad-Rückkehrer“ aus Kriegsgebieten wie Irak oder Syrien. Zudem hat die Landesregierung ausgeführt, dass 17 dieser Gefährder keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, elf weitere besitzen neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit. Bei zwei Personen wurde der Asylantrag abgelehnt, allerdings ist kein Gefährder ausreisepflichtig. Weitergehende Informationen wurden nicht mitgeteilt.

1. **Wie viele Gefährder wurden eingebürgert?**
2. **Welchen Aufenthaltsstatus haben die oben erwähnten 17 Gefährder ohne die deutsche Staatsangehörigkeit?**
3. **Bei wie vielen Gefährdern wurde der Pass oder der Personalausweis seit 2013 entzogen?**

**45. Wie viele Windräder wurden im letzten Jahr genehmigt? (Teil 1)**

Abgeordnete Hillgriet Eilers, Horst Kortlang, Dr. Gero Hocker, Christian Grascha, Gabriela König und Jörg Bode (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Bundesweit gab es in den vergangenen Wochen Presseberichte, nach denen Ende des vergangenen Jahres besonders viele Windkraftanlagen genehmigt worden sein sollen. Es wurde vielfach der Verdacht geäußert, dass dies geschah, da 2016 genehmigte Anlagen mehr Subventionen erhalten als Anlagen, die 2017 genehmigt werden.

1. **Wie viele Windkraftanlagen wurden in Niedersachsen in den Jahren 2015 und 2016 genehmigt?**
2. **In welchen Monaten des Jahres 2016 wurden wie viele Windkraftanlagen genehmigt (bitte aufschlüsseln)?**
3. **Wie hat sich die durchschnittliche Genehmigungsdauer für Windparkprojekte in Niedersachsen im Jahr 2016 im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt?**

**46. Wie viele Windräder wurden im letzten Jahr genehmigt? (Teil 2)**

Abgeordnete Gabriela König, Horst Kortlang, Dr. Gero Hocker, Christian Grascha, Hillgriet Eilers und Jörg Bode (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Bundesweit gab es in den vergangenen Wochen Presseberichte, nach denen Ende des vergangenen Jahres besonders viele Windkraftanlagen genehmigt worden sein sollen. Es wurde vielfach der Verdacht geäußert, dass dies geschah, da 2016 genehmigte Anlagen mehr Subventionen erhalten als Anlagen, die 2017 genehmigt werden.

1. **Inwieweit ist sichergestellt, dass bei allen 2016 genehmigten Windkraftanlagen die Windhöffigkeit gegeben ist?**
2. **Wie viele Windkraftprojekte sind momentan im Genehmigungsverfahren?**

3. **Gab es Windkraftprojekte, die 2016 aufgrund von Einsprüchen nicht genehmigt werden konnten, und, wenn ja, welche?**

47. **Wurden die von Teilnehmerinnen und Teilnehmern friedlicher Versammlungen rechtswidrig gespeicherten Datensätze inzwischen von der Polizeidirektion Lüneburg gelöscht?**

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Christian Grascha, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe und Jörg Bode (FDP)

#### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Im Zuge der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung von Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion „Rechtswidrige Datenspeicherungen bei der Polizeidirektion Lüneburg?“ (Drucksache 17/7320) ergeben sich weitere Fragen.

1. **Auf welcher Rechtsgrundlage wurden die betreffenden Datensätze erhoben und gespeichert?**
2. **Wurden die Daten inzwischen vollständig geprüft?**
3. **Wurden die Datensätze inzwischen komplett gelöscht? Wenn ja, wann ist dies geschehen? Wenn nein, warum nicht?**

48. **Wie geht die Zusammenarbeit mit dem DITIB-Verband in der Gefängnisseelsorge weiter?**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe, Hillgriet Eilers, Dr. Stefan Birkner und Jörg Bode (FDP)

#### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Wie die *Neue Osnabrücker Zeitung* am 4. Februar 2017 berichtet hat, führt die niedersächsische Polizei Ermittlungen gegen einen Braunschweiger Imam des türkischen DITIB-Verbandes, weil dieser angeblich Anhänger der sogenannte Gülen-Bewegung ausspioniert haben soll. In Hannover und Osnabrück finden sich zudem weitere Verdachtsfälle. Das Land Niedersachsen arbeitet u. a. mit dem DITIB-Verband in der Gefängnisseelsorge zusammen.

1. **Welche Konsequenzen haben die aktuellen Ermittlungsverfahren gegen DITIB-Imame auf die Zusammenarbeit des Landes mit dem DITIB-Verband in der Gefängnisseelsorge?**
2. **In welchen Justizvollzugsanstalten sind Imame in der Gefängnisseelsorge tätig, die nicht dem DITIB-Verband oder der Schura angehören?**
3. **Wie bewertet die Landesregierung die Zusammenarbeit mit diesen Imamen?**

49. **Durchsuchung einer Flüchtlingsunterkunft in Celle - Warum wurden die gesuchten Personen nicht in Haft genommen?**

Abgeordnete Thomas Adasch, Angelika Jahns und Editha Lorberg (CDU)

#### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)* berichtete in ihrer Ausgabe vom 17. Februar 2017 über eine Durchsuchung einer Flüchtlingsunterkunft in Celle. Mehr als 100 Beamte sollen dazu eine Flüchtlingsunterkunft auf Drogen, Diebesgut und untergetauchte Personen durchsucht haben. Laut *HAZ* hätten zu fünf der dort festgestellten Personen Haftbefehle vorgelegen. Diese würden jedoch nicht vollstreckt, weil nach Einschätzung der Behörden keine Fluchtgefahr bestanden habe. Sie sollten in den Unterkünften bleiben, bis sie abgeschoben würden. Die Personen sollten sich aber weiterhin frei bewegen und das Gelände verlassen können. Laut einer Sprecherin der Polizei, sei dies gängige Praxis.

Weiterhin befänden sich laut HAZ unter den 202 Flüchtlingen auf dem Areal auch zehn Personen, für deren Aufenthaltsort sich verschiedene Staatsanwaltschaften interessierten. Auch hier sei keine Person festgenommen, sondern die jeweiligen Behörden über den derzeitigen Aufenthaltsort der Besuchten in Kenntnis gesetzt worden.

Laut HAZ stieß der Einsatz auf Kritik im Celler Rathaus. Der noch bis zum 24. Februar 2017 amtierende Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende (SPD) hatte demnach gesagt: „Auf den ersten Blick scheint der Einsatz bei der Anzahl der Bewohner und der Berücksichtigung des hohen Anteils an Kindern und Jugendlichen überdimensioniert.“

1. **Gegen wie viele Asylbewerber oder abgelehnte Asylbewerber liegen in Niedersachsen gegenwärtig Haftbefehle vor, und wie viele davon werden auch vollzogen?**
2. **Warum wurden die gegen fünf Personen vorliegenden Haftbefehle nicht vollstreckt?**
3. **Sind weitere Durchsuchungen von Flüchtlingsunterkünften an anderen Standorten in Niedersachsen geplant?**

**50. Wird die Landesaufnahmebehörde Braunschweig zu einem Sammelbecken für Straftäter?**

Abgeordnete Angelika Jahns, Editha Lorberg und Heidemarie Mundlos (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Die *Braunschweiger Zeitung* (BZ) berichtete in ihrer Ausgabe vom 20. Februar 2017 („Kripo-Chef in Sorge: Wird LAB zu Sammelbecken für Straftäter?“) über abgelehnte Asylbewerber, die am Standort Braunschweig in der Landesaufnahmebehörde (LAB) offenbar Probleme machten. Der Leiter des Zentralen Kriminaldienstes der Polizeiinspektion Braunschweig, Herr Ulf Küch, befürchte demnach, dass sich am Standort Braunschweig der Landesaufnahmebehörde immer mehr Menschen aufhielten, die dort nichts zu suchen hätten. Es handle sich hierbei um geduldet oder in den Kommunen abgelehnte Asylbewerber, die vor der Abschiebung stünden, darunter auch bereits verurteilte Straftäter. Küch soll demnach ein Beispiel von drei Personen aus Georgien genannt haben. Die drei Personen sollen in der LAB leben und jüngst bei einem Einbruch geschnappt worden sein. Küch fragte laut BZ, was diese Männer dort zu suchen hätten. Auch sollen die Mitarbeiter der Soko Zerm, die sich vorrangig mit Kriminalität von Asylbewerbern beschäftigen, die Vermutung geäußert haben, dass sich dort zunehmend mehr Menschen aufhielten, die nicht zu den klassischen Kriegsflüchtlings zählten.

Bereits zuvor gab es Hinweise, dass es neben mehrfachen Fällen von Sozialbetrug auch zu Ausschreitungen und Fällen von Vandalismus in der LAB Braunschweig gekommen sei.

Laut BZ könne Herr Küch zunächst keine näheren Angaben zu konkreten Fällen machen, weil er angehalten sei, zunächst dem Innenministerium Bericht zu erstatten.

1. **Über welche konkreten Fälle in welchem Zeitraum berichtete Herr Küch dem Innenministerium?**
2. **Stimmt es, dass drei Personen aus Georgien, die im Standort Braunschweig der LAB lebten, kürzlich bei einem Einbruch „geschnappt“ worden seien?**
3. **Was unternimmt die Landesregierung, um zu verhindern, dass Personen ohne Berechtigung in der LAB NI untertauchen können?**

**51. Gibt es einen Paradigmenwechsel der Landesregierung zu mehr Härte bei Abschiebungen? (Teil 1)**

Abgeordnete Editha Lorberg (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Eine der Aufgaben der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen ist der Vollzug von Rückführungen von ausreisepflichtigen Ausländern, also von Abschiebungen. Nachdem die Landesregierung

bei ihrem Amtsantritt 2013 die bisherige Praxis ausdrücklich ändern wollte und einen Paradigmenwechsel verkündete, deutet sich inzwischen ein erneuter Paradigmenwechsel an. So gibt es Hinweise, dass für die Beamten des Vollzuges von Abschiebungen der Landesaufnahmebehörde geplant sei, eine einheitliche Dienstkleidung, also Uniformen, einzuführen.

1. **Ist geplant, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesaufnahmebehörde in Niedersachsen beim Vollzug von Abschiebungen einheitliche Dienstbekleidung tragen sollen? Wenn ja, wann soll die Einkleidung umgesetzt werden?**
2. **Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesaufnahmebehörde in Niedersachsen sind von der neuen Dienstkleiderordnung betroffen, und wie hoch sind die Kosten?**
3. **Teilt die Landesregierung Befürchtungen, wonach durch eine Uniformierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesaufnahmebehörde die Akzeptanz von Abschiebungen weiter sinken könnte? Wenn nein, warum nicht?**

**52. Gibt es einen Paradigmenwechsel der Landesregierung zu mehr Härte bei Abschiebungen? (Teil 2)**

Abgeordnete Angelika Jahns (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Eine der Aufgaben der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen ist der Vollzug von Rückführungen von ausreisepflichtigen Ausländern, also von Abschiebungen. Nachdem die Landesregierung bei ihrem Amtsantritt 2013 die bisherige Praxis ausdrücklich ändern wollte und einen Paradigmenwechsel verkündete, deutet sich inzwischen ein erneuter Paradigmenwechsel an. So gibt es Hinweise, dass bei der Aus- und Fortbildung der Beamten des Vollzugsdienstes keinerlei Techniken der Deeskalation oder Kommunikationstechniken unterrichtet würden. Vielmehr gehe es ausschließlich um die Durchsetzung der Zwangsmaßnahmen, und zwar mit aller Härte.

1. **Plant die Landesregierung zusätzliche Einstellungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um die Kapazitäten zur Durchführung von Abschiebungen zu erhöhen?**
2. **Werden Abschiebungen aus den Landesaufnahmeeinrichtungen in Niedersachsen in den Nachtstunden durchgeführt? Wenn ja, wie oft?**
3. **Kam es 2016 bei nächtlichen Abschiebungen zu gewalttätigen Angriffen auf Vollzugspersonal bzw. zur Anwendung von unmittelbarer Gewalt durch Vollzugspersonal? Wenn ja, wie oft?**

**53. Gibt es einen Paradigmenwechsel der Landesregierung zu mehr Härte bei Abschiebungen? (Teil 3)**

Abgeordneter Horst Schiesgeries (CDU)

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Eine der Aufgaben der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen ist der Vollzug von Rückführungen von ausreisepflichtigen Ausländern, also von Abschiebungen. Nachdem die Landesregierung bei ihrem Amtsantritt 2013 die bisherige Praxis ausdrücklich ändern wollte und einen Paradigmenwechsel verkündete, deutet sich inzwischen ein erneuter Paradigmenwechsel an. So gibt es Hinweise, dass bei der Aus- und Fortbildung der Beamten des Vollzugsdienstes keinerlei Techniken der Deeskalation oder Kommunikationstechniken unterrichtet würden. Vielmehr gehe es ausschließlich um die Durchsetzung der Zwangsmaßnahmen und zwar mit aller Härte.

1. **In welchem Umfang werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Vollzuges der Landesaufnahmebehörde Techniken zur Deeskalation und Kommunikation vermittelt?**

2. **Über welche Qualifikationen verfügen die Personen, die die jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesaufnahmebehörde aus- und fortbilden?**
3. **Welche Inhalte haben die Aus- und Fortbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vollzuges der Landesaufnahmebehörde?**

**54. Gibt es einen Paradigmenwechsel der Landesregierung zu mehr Härte bei Abschiebungen? (Teil 4)**

Abgeordneter Horst Schiesgeries (CDU)

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Eine der Aufgaben der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen ist der Vollzug von Rückführungen von ausreisepflichtigen Ausländern, also von Abschiebungen. Dafür ist u. a. eine Ausstattung mit geeigneten Fahrzeugen in den Aufnahmebehörden erforderlich.

1. **Wie viele Fahrzeuge zur Durchführung von Abschiebungen sind bei der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen an welchen Standorten vorhanden?**
2. **Werden oder wurden im letzten Jahr Fahrzeuge zur Durchführung von Abschiebungen erworben? Wenn ja, wie viele, und wie sind diese ausgestattet?**
3. **Sollen die Fahrzeuge zur Durchführung von Abschiebungen nachgerüstet werden? Wenn ja, wie, und warum wurde diese Ausstattung nicht bereits bei der Anschaffung der Fahrzeuge bestellt?**

**55. Warum wurde am Tag der Heimat 2016 kein Kranz des Landes Niedersachsen im Rahmen der Gedenkfeier auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin niedergelegt?**

Abgeordnete Editha Lorberg (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Der Tag der Heimat ist seit Jahrzehnten ein offizieller Gedenktag, an dem sich Vertriebene und Flüchtlinge ihrer verlorenen Heimat erinnern. Dieser Gedenktag ist aber auch eine Mahnung an die nachfolgenden Generationen, um deutlich zu machen, wie schwer und traumatisierend der Verlust der Heimat sein kann.

In Berlin und in den meisten Bundesländern wird dieser Tag in einem würdigen Rahmen begangen. Zum Tag der Heimat 2016 hielt Bundespräsident Joachim Gauck eine würdige Ansprache. Im Anschluss an diese Feierstunde wurden auch 2016 wieder Kränze auf dem Theodor-Heuss-Platz niedergelegt, darunter zahlreiche Kränze von den Landesregierungen oder Landesvertretungen der Bundesländer. Das Land Niedersachsen beteiligte sich nicht an der Kranzniederlegung.

1. **Warum hat sich das Land Niedersachsen nicht an der Kranzniederlegung im Rahmen des Tages der Heimat 2016 in Berlin beteiligt?**
2. **Wird das Land Niedersachsen künftig einen Kranz im Rahmen der o. a. Gedenkfeier niederlegen?**
3. **Wer hat das Land Niedersachsen offiziell beim Tag der Heimat in Berlin vertreten?**

**56. Will die Landesregierung Familienzentren unterstützen?**

Abgeordneter Burkhard Jasper (CDU)

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

In den Städten und Gemeinden Niedersachsens gibt es Familienzentren, die in der Regel an Kindertagesstätten angegliedert sind. Dadurch soll die Kommunikation zwischen den Eltern und mit

den Erzieherinnen und Erziehern verbessert und ein Beitrag zur Integration geleistet werden. Sozialpädagogische Fachkräfte können beispielsweise mit ehrenamtlich ausgebildeten Familienbegleiterinnen und -begleitern aus dem Wohnumfeld mit jeweils unterschiedlichen Migrationshintergründen die Arbeit der Kindertagesstätten unterstützen und insbesondere die Elternarbeit und den Zugang zu den Eltern intensivieren.

1. **Befürwortet die Landesregierung die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren?**
2. **Soll es dafür Landeszuschüsse geben?**
3. **Sollen auch Kooperationspartner wie z. B. Familienbildungsstätten unterstützt werden?**

**57. Braunschweig-Thune: Welche Genehmigungsschritte wären für einen Hallenneubau von Eckert & Ziegler erforderlich?**

Abgeordnete Gerald Heere und Miriam Staudte (Grüne)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Das OVG Lüneburg hat den Bebauungsplan für Braunschweig-Thune, der die Atommüllkonditionierung von Eckert & Ziegler betrifft, für unwirksam erklärt. Zuvor wurde bereits die Veränderungssperre der Stadt gerichtlich aufgehoben.

Die Genehmigungen zum Umgang mit radioaktiven Stoffen nach § 7 der Strahlenschutzverordnung werden von Eckert & Ziegler Nuclitec seit Erteilung in 2004 nur zu einem geringen Anteil genutzt. Anwohnerinnen und Anwohner befürchten, dass dies einen erheblichen rechtlichen Vorteil für den Betreiber für den geplanten Hallenneubau und eine mögliche Erhöhung der Produktionskapazität darstellt.

1. **Welche Genehmigungsschritte wären für einen Hallenneubau am Standort Braunschweig-Thune von Eckert & Ziegler nach Baurecht und Strahlenschutzrecht erforderlich?**
2. **Inwiefern muss eine zusätzliche Umgangsgenehmigung beantragt werden, bzw. können die bestehenden Umgangsgenehmigungen auf eine neue Halle übertragen und dadurch künftig in höherem Umfang ausgenutzt werden?**
3. **Inwiefern ist für den geplanten Hallenneubau eine Prüfung der Umweltfolgen bzw. eine Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich?**

**58. Nimmt Minister Meyer es bei der „Nationalen Nutztierstrategie“ mit der Wahrheit nicht so genau?**

Abgeordneter Helmut Dammann-Tamke (CDU)

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Dem durch die Pressestelle des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz veröffentlichten Redemanuskript zum Thema „Nationale Nutztierstrategie“ folgend, äußerte sich Minister Meyer vor dem Bundesrat in dessen 953. Sitzung am 10. Februar 2017 zum TOP 27 „Entscheidung des Bundesrates zum Tierwohl: Zügige Umsetzung von Konzepten für eine zukunftsfähige Nutztierhaltung (BR-Drs. 779/16)“ wie folgt: „Der heutige Antrag wurde in Niedersachsen von einem ungewöhnlichen Bündnis erarbeitet und vorgestellt - vom Deutschen Tierschutzbund bis zu Großunternehmen der Ernährungswirtschaft sowie von Bauernverbandsorganisationen über den Verband der Schweinehalter bis hin zu meinem Vorgänger im Amt, dem Minister a. D. Gert Lindemann.“

1. **Welches Bündnis, bestehend aus welchen konkreten Mitgliedern - Personen, Verbänden, Vereinigungen - hat wann und in welcher Zusammensetzung den genannten Antrag mit welcher Aufgabenstellung erarbeitet?**

2. Wer hat stellvertretend für dieses niedersächsische Bündnis wann und in welchem Rahmen, wie vom Minister dargestellt, diesen Antrag bzw. die Ergebnisse des Arbeitsauftrages vorgestellt?
3. Welchen konkreten Bezug hat der Antrag (BR-Drs. 779/16) zu niedersächsischen Initiativen?